

## Der Wartenberger Flüchtlingsantrag

### Gerechtere Verteilung und finanzieller Ausgleich: Marktrat nimmt Landkreis in die Pflicht

VON MARKUS SCHWARZKUGLER

Der Landrat plädiert auf Freiwilligkeit der Gemeinden. Das geht so nicht. Es gibt welche, die ducken sich erfolgreich weg. Eduard Ertl (Neue Mitte) Wartenberg - Viele Gemeinden fühlen sich bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen allein gelassen. So auch Wartenberg, wie in einer engagierten Debatte am Mittwoch in der ersten Sitzung des Marktgemeinderats im neuen Jahr deutlich wurde. Am Ende stand ein Antrag an den Landkreis mit zwei Forderungen: Die Gemeinden sollen für die Betreuung, etwa in Kitas oder Schulen, finanziell entschädigt werden. Und unter Berücksichtigung der Einwohnerzahlen sollen Flüchtlinge künftig gerechter innerhalb des Landkreises verteilt werden. Gerade dieses Thema stößt so manchem Gemeinderat sauer auf.

Wie berichtet, hat das Landratsamt in der Jahrespressekonferenz Zahlen zur Verteilung der Geflüchteten in den Unterkünten bekannt gegeben. Wartenberg belegt demnach mit 71 Personen den fünften Rang hinter Erding, Taufkirchen, Dorfen und Oberding. Wie Bürgermeister Christian Pröbst (CSU) betonte, sind die privat Untergebrachten hier aber nicht berücksichtigt. Mit ihnen seien es 97.

2. Bürgermeisterin Carla Marx (Neue Mitte) sagte, dass die Infrastruktur zum Problem werden könne - mit Blick auf Kindergarten, Krippe, Schule. „Die Flüchtlingszahlen steigen, wir könnten eventuell an unsere Kapazitätsgrenzen stoßen“, warnte sie. Man könne die Kinder nicht einfach in ohnehin schon volle Klassen stecken, zumal etwa auch die ukrainischen Kinder kein Deutsch sprechen würden und bessere Einzelbetreuung nötig hätten. Marx' Idee: die Einführung einer Gruppe mit Deutsch als Zweitsprache. Pröbst versicherte, dass er dazu mit Schulleiter Michael Braun im Austausch stehe. „Ohne die Flüchtlingskinder wäre circa eine Gruppe weniger nötig“, schreibt die Gemeindeverwaltung in der Tischvorlage, ohne in Bezug auf Kitas oder Schule genauer zu werden. Jedenfalls, so die Verwaltung, entstünden Mehrkosten aufgrund der Betreuung.

„Wir sind auf alle Fälle jetzt schon belastet, auch im Haus für Kinder“, berichtete Pröbst. Derzeit gebe es keinen finanziellen Ausgleich.

Pröbst zollte seinem Moosinninger Amtskollegen Georg Nagler (SPD) Respekt. Dessen Gemeinde hat bekanntlich im November dem Landkreis die Eichenrieder Turnhalle als Flüchtlingsunterkunft angeboten. Dieser sucht weiterhin händeringend Unterkünte. Mit Blick auf das Beispiel Moosinning sagte Pröbst: „Ich kann nur auch an andere Gemeinde appellieren - es müssen ja nicht immer die Gleichen machen.“

„Es gibt Gemeinden, die ducken sich da erfolgreich weg“, kritisierte Eduard Ertl (Neue Mitte). Und Josef Sedlmaier (CSU) meinte: „Solidarität ist keine Einbahnstraße.“ Laut besagter Statistik des Landkreises - Stand 13. Dezember - haben aktuell die Gemeinden Neuching, Kirchberg und Bockhorn keine Flüchtlinge. Dort wird bekanntlich schlicht mit fehlenden Immobilien argumentiert. Neuching stellt nun aber wie berichtet einen Containerstandplatz im Gewerbegebiet Lüßwiesen bereit.

Ertl nahm auch den Landkreis in die Pflicht: „Er muss steuern: Wie viele Flüchtlinge kommen in welche Gemeinden? Der Landrat plädiert auf Freiwilligkeit der Gemeinden - das geht so nicht.“ Und nicht nur für Ertls Geschmack sollte der Kreis die Gemeinden finanziell entschädigen. „Es kommen ja auch Folgekosten auf uns zu.“ Die Sprachproblematik bleibe bestehen. Ertl verwies auch darauf, dass 44, also fast die Hälfte der Flüchtlinge in Wartenberg, zwischen 0 und 17 Jahre alt sind - eben mit allen Konsequenzen für die Betreuung in Kita oder Schule.

„Die Gemeinden werden alleine gelassen. Es gibt keine Infos, was man machen soll“, kritisierte Sedlmaier, der wie Ertl und 3. Bürgermeister Bernd

Scheumaier (CSU) einen finanziellen Ausgleich forderte. In der Debatte kam auch der Hinweis auf die hohe Kreisumlage zur Sprache, die die Gemeinden an den Kreis abzuführen hätten.

„Das ganze System ist zum Scheitern verurteilt“, wetterte Sedlmaier weiter. „Irgendwann finden sich keine Flüchtlingshelfer mehr. Das ist wirklich schade.“

„Ich wäre jetzt nicht böse“, meinte Pröbst, wenn aus dem Gremium der Wunsch nach einem Antrag an den Landkreis käme. Dann habe er das Mandat dafür. Und das Gremium tat ihm den Gefallen.